

ischen Aufständi-
lizei im Staate

erstreit.

den Vertrieben,
für den Streit
kassiert, dem
e Proklamatio-
n. Eine von
arole ist bereit
r kleinem Teil

entgleist.

ag entgleiste der
n Provinz Pen-
Bisher werden
Anzahl Schwer-

chrichten.

dieser Woche in
urch die Kirchen-
n Herrn Super-
Friedr. Tappen-
um neuen Pfar-

ts
hoer

ke Schwan

Safet 15 Pfg.

raphen

ssir. 3. Tel. 355

g

Trost und
eine Hand-
em Tage an
wert werden.
dern von

r

Bethel
bei Bielefeld
kostenlos

Weltpolitik:
alle in Bethel

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.30 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der
Eingelnummer 10 Pfg. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pfg.
Schluß der Anzeigen-Aufnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 244.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 17. Oktober 1930.

12. Jahrgang.

Tue redlich nur das Deine,
Tu's in Schweigen und Vertrauen,
Rüste Balken, hause Steine,
Gott, der Herr, wird bauen.

Verfolgung des Deutschtums in Litauen.

Auch in Litauen wird der Druck auf die deutsche Bevölkerung immer stärker. Dieser Druck wird durch die litauisch-chauvinistischen Kreise ausgeübt, die in enger Verbindung mit den Behörden und auch mit dem in den vergangenen Jahren verschiedentlich genannten Konfistorium Gaigalaitis stehen. Bezeichnend ist folgender Fall.

Vor etwa zwei Jahren mußte ein gewisser Mattejus Jzidorus Brazauskas das katholische Priesterseminar in Wilkowschki verlassen, weil er sich in ein Mädchen verliebt hatte. Diese war eine Deutsche zweifelhaften Rufes. Früher soll sein Herz einer Jüdin zugehört haben. Dieser junge Mann wechselte dem Zuge seines Herzens folgend, auch seine Religion. Auf Empfehlung des Konfistoriums Gaigalaitis erfolgte der Uebertritt zur evangelischen Kirche nicht in Wilkowschki, sondern in Wirballen. Der nichtsahnende Pastor sieht nach der Uebertrittshandlung den Glaubenshelden Arm in Arm mit dem jungen Mädchen abziehen. Bald darauf soll die Trauung erfolgen, doch nun weigert sich der Pastor, weiter diese Komödie mitzumachen. Die Trauung wird von Dr. Gaigalaitis vollzogen, der den jungen Mann auch sofort in die Fakultät aufnimmt, um aus ihm einen evangelischen Pastor zu fabrizieren.

Dieser junge Mann muß nun natürlich seinen Eifer für den neuen Glauben auch beweisen. Doch wendet er sich dazu nicht etwa an seine früheren katholischen Freunde und Freundinnen, sondern an die evangelischen Deutschen, um sie zum Litauertum zu bekehren. So kommt er denn in die Gemeinden Mariampol, Wilkowschki, Pilwischki, Wirballen und Rybarti, um dort Unterchriften zu sammeln für eine Beschwerde an das Konfistorium Gaigalaitis wegen angeblicher mangelhafter Bedienung der litauisch sprechenden Glaubensgenossen. Bei den wirtschaftlich selbständigen Gemeindegliedern findet er jedoch wenig Gegenliebe. Man weist ihn meist mehr oder weniger bestimmt ab. Darum wendet er sich an solche Glieder, die in irgendeiner Weise abhängig sind vom Staate, also an Beamte und Arbeiter in den Staatswerkstätten. Dort findet er zunächst auch keinen Anklang mit seiner Beschwerde trotz seiner Drohungen, die er verlauten läßt.

Aber siehe da, nach einigen Tagen werden die Beamten zu ihrem Vorgesetzten gerufen. Dieser hat von der oberen Behörde eine Anweisung erhalten, seinen evangelischen Beamten die Frage vorzulegen, ob sie in der Kirche litauischen oder deutschen Gottesdienst haben wollen. Damit war diesen natürlich sofort bekannt, woher der Wind weht. Viele entschieden sich darum für den litauischen Gottesdienst, denn wo soll man in dieser schweren Zeit Verdienst finden. Bei der Post in Rybarti fanden sich aber doch drei Beamte, die sich für deutschen Gottesdienst entschieden. Und siehe da, diese drei erhielten bald darauf ihre Veretzung an andere Orte, wo sie z. T. überhaupt keine Gottesdienste besuchen können, weil es dort keine evangelischen Kirchen gibt.

Ein Beamter bei einer andern Behörde wollte sich der Entscheidung dadurch entziehen, daß er angab, nicht zu der Gemeinde zu gehören. Er rechne sich noch zu seiner Heimatgemeinde. Er wurde bald darauf in die Zentrale gerufen und dort wurde ihm eröffnet, daß er gut täte, doch zu unterschreiben, da sonst eine Veretzung sehr wahrscheinlich die Folge sein würde. Nach drei Tagen erschien wieder besagter Brazauskas und legte die Liste zur Unterschrift vor. — Und er unterschrieb auch. —

Auf diese Weise werden also die evangelischen Beamten unter einen ungeheuerlichen Druck gestellt und die in der Verfassung gewährleistete Gewissensfreiheit mit Füßen getreten.

Dann aber nimmt das Konfistorium die auf solche Weise erzielten Unterschriften zum Anlaß, um die deutschen Gemeinden zum litauischen Gottesdienst zu zwingen. Es erfolgt also eine planmäßige Verfolgung des Deutschtums, die jedenfalls von der Regierung und dem Konfistorium Gaigalaitis unterstützt wird.

Auch aus der Behandlung der deutschen Schulen geht dieses hervor. Auffallend ist es, wie deutsche Schulen mit Lehrern besetzt werden, die der deutschen Sprache kaum mächtig sind. Besonders krasch ist dies in Kaunas und Wirballen der Fall. Auch da betätigt sich das Konfisto-

Kirchlich-sozialer Kongreß in Bielefeld.

Eröffnung.

In dem festlich geschmückten Saal des Altstädter Gemeindehauses hatten sich gestern nachmittag die bereits anwesenden Teilnehmer des Kongresses zur Begrüßungsverammlung eingefunden. D. Mumm, M.d.R. richtete im Namen des noch verhinderten Präsidenten des Kirchlich-sozialen Bundes, Geheimrat Prof. Seeborg das Grußwort an die Versammlung. Der Kongreß will nicht nur die mittlere Linie suchen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Stadt und Land, Ost und West, nicht nur im Parallelprogramm der Kräfte die Diagonale. Das hieße, sich abhängig machen von fremden Kräften. Er muß die Kraft, die von oben kommt, hineinwerfen. Sie ist die beherrschende für alle Interessengruppen. Der Gedanke der Eigengesetzlichkeit, soweit er schlechthin aufgestellt wird, ist zu verwerfen. Alles und jeder steht unter Gott. Das gibt das Recht für die ernsthafteste Fragestellung gegenüber der Gegenwart.

In diesem Ernste der Fragestellung und in diesem Willen zur Verantwortung gegenüber Not und Aufgabe findet der Kongreß weitgehendes Verständnis und freudige Unterstützung. Beides kam einmütig zum Ausdruck in der großen Zahl der Begrüßungen, die an den diesjährigen Kongreß von allen Seiten gerichtet wurden. Der Wille der Kirche, den harten und schweren Problemen unseres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenlebens standzuhalten, hat große Beachtung und Zustimmung gefunden.

Auch die Reichsregierung war vertreten durch Herrn Oberregierungsrat Conrad, der aufs stärkste die Arbeit des Kongresses unterstrich, indem er u. a. ausführte: Die Fortführung unserer Sozialpolitik ist nur dann gesichert, wenn innerhalb und außerhalb der staatlichen Willensbildung weltanschauliche Kräfte auf breiter Front zum Einsatz gelangen, Kräfte, die aus den ewigen Quellen religiöser Ethik und Erkenntnis schöpfen. Niemals hat das deutsche Volk die Aktivierung seines religiösen Erbgesetzes notwendiger gehabt als heute, niemals ist es notwendiger gewesen, den Wirtschaftskampf mit religiösem Ethos zu durchdringen. Was uns bitter not ist, ist die Erweckung und Schärfung eines ganz starken religiösen Verantwortungsgefühls, das imstande ist, im öffentlichen und privaten Leben alles in seinen Bann zu ziehen.

Neben den Grüßen der staatlichen und städtischen Behörden, den Segenswünschen der christlichen Gewerkschaften, des Arbeitgeberverbandes, des Bundes der Kinderreichen, brachte auch die evangelische Kirche ihre Verbundenheit mit kirchlich-sozialer Arbeit stark zum Ausdruck in den Worten der Vertreter des Kirchenbundespräsidenten, des Oberkirchenrates, des Konfistoriums und der theologischen Fakultät in Münster, die durch Prof. Stählin die Beziehungen zwischen Fakultät und dem Kirchlich-sozialen Bund in der gemeinsamen Aufgabe sah, den jungen Theologen in die Auseinandersetzung mit der Gegenwart zu stellen, ihm die Verflochtenheit in das Welt- und Volksdasein zu zeigen und ihm zu helfen, die vielfältigen Aufgaben des Pfarrers alle von der lebendigen Mitte kirchlicher Gliedhaftigkeit aus zu tun. Kirche soll gebaut werden in dieser Welt, daß von dieser Kirche ausstrahlen könne Wahrheit, Kraft und Heil.

Auf weltweite Verbundenheit im Kampf um evangelischen Völkertums wies der Vertreter des internationalen sozialwissenschaftlichen Instituts der Kirchen in Genf hin. Auch Ostpreußens Gruß fehlte nicht. Dort wird die Frage der Arbeitslosigkeit akut durch die Rationalisierung der Landwirtschaft, durch das Verschwinden der patriarchalischen Wirtschaftsordnung. Darum richtet sich auch von dort her der Blick auf die Kirche, die sich dieser Not gegenüber verantwortlich weiß.

Für alles Interesse und alle Teilnahme dankte D. Mumm in seinem Schlußwort und ließ die in den Grüßen zum Ausdruck gekommene hoffnungsvolle Erwartung, die man dem Kongreß entgegenbringt, aus-

klungen in einem von der Versammlung gesungenen Gebet.

Am Abend fand in der vollbesetzten Altstädter Kirche der Eröffnungsgottesdienst statt unter Mitwirkung der Bielefelder Musikantengilde. Liturgie und Predigt hatte Professor Stählin, Münster, übernommen. Er stellte die Teilnehmer des Kongresses und die Gemeinde unter das Wort Christi aus Joh. 16: „In der Welt habt ihr Angst, aber seid getrost, Ich habe die Welt überwunden!“ Was Jesus mit der Angst seiner Jünger meint, ist mehr als ein natürlicher Angstinstinkt, der sich bedroht fühlt, etwas anderes als die Angst vor ungeheuren Umwälzungen, vor dem Neuen, das nicht mehr nur das Bessere bedeutet wie im vergangenen Fortschrittsglauben. Wir haben das Christentum nur zu leicht mit Unrecht gleichgesetzt mit dem Beharren in bestimmten Lebens- und Wirtschaftsformen und sind doch auch in diesen Dingen solche, die keine bleibende Stätte haben. Angst in Jesu Sinne ist Angst um die Seele unseres Volkes. Es ist uns Angst davor, daß wir Zeitgenossen eines ungeheuren Dämonenkampfes werden könnten, in dem die Dämonen Nacht gewinnen könnten über die Menschheit. Wir sind nicht gesichert, können nicht Zuschauer sein. Hier gibt es keine frohgemute Tapferkeit, sondern nur Ernst und die bange Frage, ob wir nicht den uns aufgetragenen Dienst veräumen. Ist nicht oft unsere fromme Siegeszuversicht nur Pathos und unsere Geborgenheit ein Trugbild? Dürfen wir in dieser Lage das Wort vom Getrostseins hören? Dies Wort bedeutet nicht Verhütung, als ob alles nicht so schlimm wäre. In der Angst und Unruhe getrostet sein, das heißt Glauben. Er gründet darauf, daß Christus die Welt überwunden hat. Nicht wir sind Sieger, sondern können nur solche sein, die dorthin hören, wo das Ich des lebendigen Gottes Wirklichkeit und Geschichte wurde auf Erden. Der richtige Blickpunkt für die Fragen des Kongresses ist allein Christus. Unser Beruf ist, daß wir in dieser Welt, in der wir mit der Welt Angst haben und die Ängste der Welt erleben, Zeugen des Ueberwinders sind. Das Zeichen der Ueberwindung ist allein das Kreuz. Es ist die Stelle, wo die Kraft der Liebe und des Dienstes hineingeht in das ganze Elend der Welt. Wir tragen das Kreuz nach, halten den Glauben aufrecht, daß diese Welt Gottes Welt ist. Wir zeugen, indem wir die Not tragen, nicht in tragischer Lebensstimmung und Weilschmerz, sondern mit großer, starker, opferbereiter Liebe, nicht in Mitleid der allgemeinen Menschenliebe, sondern in der uns aufgegebenen Nächstenliebe. Diese Liebe entzündet sich nicht an dem grauerregenden Anblick der Welt, sondern an der Hoffnung auf den neuen Himmel und die neue Erde. Wir kämpfen nicht gegen einzelne Bosheiten, sondern gegen die Welt wie sie ist. Darum sammeln wir nicht nur die Opfer, haben nicht einzelne Ziele, unser Kampf ist Kampf für die neue Welt Gottes, der wir entgegengehen. Unsere Angst ist nicht die persönliche Angst, sondern kommt aus der Heimatlosigkeit der Christen in dieser Welt. In dieser Angst Glauben haben, Liebe bewahren, in Hoffnung leben, das ist unser Zeugnis. Wir wissen durch den Geist, was im Gange ist in der Geschichte, nicht auf ein paar Jahre oder ein Jahrhundert äußerlichen Geschehens gerechnet. Aber wir wissen, daß Gott die Welt richtet, daß Christus kommt als Fels des Abgrundes zur Entscheidung des Einzelnen und der Menschheit. In diesem Wissen, aber nur in ihm sind wir getrostet, vermögen wir standzuhalten und einander zu helfen.

Im Rahmen des Kongresses ist für Freitag morgen 9 Uhr der Vortrag von Prof. Auhagen, Berlin, über Deutschland und der Bolschewismus vorgesehen. (Vereinshaus Grünstr.) Auf die am Freitag abend, 20.15 Uhr stattfindende große öffentliche Kundgebung in der Ausstellungshalle machen wir auch an dieser Stelle noch einmal aufmerksam.

Karl Kraa.

rium Gaigalaitis in der Person des Konfistorialrates Preiskaitis. Dieser Konfistorialrat ist bekanntlich ein junger Mann von einigen zwanzig Jahren, der einmal vier Klassen eines litauischen Gymnasiums besucht hat, dann als freier Zuhörer die evangelische Fakultät besuchte und vor allen Dingen sich in der Sache gegen das Deutschtum hervortut. Er ist einer der Führer eines litauischen Schulvereins „Pagalba“, der als Ziel aufgestellt hat, die angeblich germanisierten Evangelischen wieder zur litau-

ischen Kultur zurückzuführen. Er rühmt sich, bei der Besetzung der Lehrerstellen entscheidend mitzuwirken. Es sind auch Bewerber um Lehrerstellen an ihn verwiesen worden. Durch diese Politik soll natürlich erreicht werden, daß die deutschen Kinder ihrer Muttersprache entfremdet und litauisiert werden.

Ein weiteres Mittel ist die gewaltsame Einschulung vieler deutscher Kinder in litauische Schulen. Die Regierung stützt sich dabei auf die im Anfang der Republik

erfolgte Eintragung in die Pässe der Eltern. Mit List und Betrug und wohl meistens aus Unkenntnis der Bedeutung wurden viele Deutsche damals in der Nationalität als Litauer eingetragen. Obwohl nun schon oft versucht worden ist, diese unrichtige Eintragung abzuändern, so läßt die Regierung dies doch nicht zu. Jetzt zwingt sie aber die Kinder in die litauischen Schulen.

Durch alle solche Maßnahmen gerät das Deutschtum in Litauen in große Gefahr, und es ist an der Zeit, daß da einmal nach dem Rechten gesehen wird. Möchte doch das Gewissen der maßgebenden Stellen endlich aufwachen und nicht nur Worte machen, sondern Taten sehen lassen!

Das Problem der Arbeitslosigkeit

Gedanken und Vorschläge eines Laien.

Wenn ich mich als Laie bezeichne, so will ich damit zum Ausdruck bringen, daß ich kein Volkswirtschaftler bin. Jedoch liegt mir das Arbeitslosenproblem als Pfarrer und Seelsorger seit Jahren schon auf der Seele. Es ist einfach furchtbar, was wir erleben, wie arbeitslose Leute, auch Meister, die jahrelang in Fabriken waren, arbeitslos werden, nirgends mehr unterkommen und ein kümmerliches Dasein fristen müssen. Dazu kommt die große Not, daß es viele Jugendliche gibt, die überhaupt nicht mehr in eine regelrechte Arbeit kommen, die so frühzeitig in Mühsal hineingeraten und an ihrem Charakter Schaden nehmen. Aber die wirtschaftliche Not ist vielleicht noch nicht die schwerste, die seelische Zermürbung ist viel schlimmer. Diese monatelange, ja jahrelange Untätigkeit, dieses stundenlange Herumsitzen und — stehen auf den Stempelstellen und den Arbeitsnachweisen — und doch immer umsonst und erst recht umsonst, wenn einer die 40 oder 50 er überschritten hat.

Wenn ich einige Vorschläge mache, so sind das Vorschläge aus der Praxis, die mir bei dem Nachdenken über das Problem und bei manchen schlaflosen Stunden der Nacht, wo mir das ganze Grauen des Arbeitslosenlebens vor der Seele stand, in den Sinn kamen. Es sind Vorschläge, die man prüfen möge, wer bessere weiß, darf gern bessere machen.

Zunächst müßte verboten werden, wenn der Mann eine ausreichend bezahlte Stellung hat (etwa 40—50 Mk. pro Woche), daß dann die Frau noch nebenher ein öffentliches Geschäft ausübt wie z. B. Gastwirtschaft, Kolonialwarenhandlung oder dergleichen. Es kämte auf diese Weise wohl Zehntausende Leute Beschäftigung finden. Ferner sollten aus allen Fabriken und Betrieben wenigstens die Mütter heraus. Die Mutter gehört in das Haus und in die Familie. Auf diese Weise würden einige Hunderttausende von Arbeitskräften, die jetzt fern, Arbeit finden. Natürlich müßte man den Familien eine Beihilfe gewähren. In diesem Falle müßte man den Müttern, deren Männer unter 40 Mk. die Woche verdienen, eine Wochenbeihilfe von vielleicht 1 Mk. pro Tag zahlen. Diese Beihilfe sollte von der Arbeitslosenversicherung getragen werden, weil dadurch andere weibliche Arbeiterinnen für Arbeit frei werden, welche jetzt durch die Mütter geschäftet. Welch ein Segen ist es für das ganze Haus, für die Erziehung der Kinder, wenn die Mutter daheim ist. Wie leidet dagegen das Familienleben und die Kindererziehung, wenn die Mutter den ganzen Tag in der Fabrik hart arbeitet und abends noch, wenn sie müde heimkehrt, den ganzen Haushalt zu besorgen hat.

Wieder eine große Anzahl von Arbeitslosen können ihr Brot und Auskommen finden, wenn den Beamten jegliche Nebenarbeit untersagt würde. Wieviele gibt es, welche selbst ein ausreichendes Gehalt haben, aber sich noch als Versicherungsagenten, Buchhalter, Rechner von Konsumvereinen und Genossenschaften usw. betätigen. Mag sein, daß ein solches Nebeneinkommen allein einen

Mann nicht ernähren kann, aber wenn derselbe zwei oder drei derartige Geschäfte, die andere bisher im Nebenamt ausübten, im Hauptamt führen würde, dürfte er genügend Verdienst finden.

Vor allem durch Musik könnten viele Berufsmusiker ihr Brot verdienen, besonders eben, wo viele Theater geschlossen werden. Es ist keine Seltenheit, daß Lehrer im Nebenberuf täglich zwei bis drei Stunden Musikunterricht geben und außerdem auch Gesangschöre leiten, wodurch sie den Berufsmusikern das Brot wegnehmen. Die Lehrer sind aber als Beamte so besoldet, daß ihr Einkommen für die Familie reicht. In ihrer freien Zeit sollten sich die Lehrer erholen und für den Unterricht vorbereiten. Wieviel dagegen sind durch diese Stunden völlig überarbeitet und abgehegt. Und wenn dadurch wieder einige Tausende ihr Brot finden, so wäre diesen wenigstens geholfen.

Eine wesentliche Verringerung der Arbeitslosenzahl dürfte durch die Einführung des Arbeitsdienstpflichtjahres erzielt werden. Statt daß man 500 000 Familienväter und ihre Familien ohne Arbeit verkümmern läßt, rufe man doch 500 000 Jünglinge zur Arbeitsdienstpflicht ein, in deren Stellen dann die Familienväter einrücken können. Der Unterhalt der Arbeitsdienstpflichtigen, die alle ledig sind, dürfte sich wesentlich billiger gestalten als die Unterstützung der verheirateten Familienväter. In diesem Arbeitsdienstpflichtjahr sollten die jungen Leute teils Arbeiten verrichten, teils aber auch Unterricht bekommen, Arbeiten sollten sie verrichten dort, wo sie den anderen Arbeitern keine Konkurrenz machen, so könnten Moore und die Heideflächen in fruchtbares Ackerland oder in Wälder umgewandelt werden, Straßen könnten neu angelegt (Autofahrten) und alte erweitert werden. Auch Brücken könnten über die Bahnübergänge gebaut werden. Bei Naturkatastrophen könnten die Arbeitsdienstpflichtigen eingesetzt werden, es würde sich gewiß viel Arbeit finden. Daneben aber sollten die jungen Leute Unterricht bekommen, ihre allgemeinen und auch ihre Fachkenntnisse erweitern, dabei sollte geturnt und gewandert werden, damit sie die Heimat kennen lernen. Vor allem sollte ihnen stramme Zucht und Sinn für Ordnung und Gehorsam beigebracht werden, wozu es bei vielen Jugendlichen fehlt. Um möglichst viel Geld zu sparen und alles recht billig zu gestalten, müßten sie die nötigen Bauten mit den Einrichtungen selbst errichten, in Steinbrüchen oder Ziegeleien könnten sie die Bausteine herstellen, in Schreinereien das Bauholz zubereiten, in Webereien, Schneidereien und Schuhmacherverkstätten für die nötige Kleidung und die Schuhe sorgen. Dadurch könnte auch den Preistreibern, besonders auf dem Baumarkt und sonst entgegengetreten werden, indem bei zu hohen Forderungen der Privatindustrie und der Kartelle einfach durch diese Arbeitsdienstpflicht die Preise gedrückt werden müßten, bis dann die Privatindustrie die Gewinne für die Aktionäre herabsetzt. Nicht dem Arbeiter sollte Konkurrenz gemacht werden, sondern nur allzu große Ueberschüsse und Dividendenverteilung verhindert werden. Wenn man das Arbeitsdienstpflichtalter einführt, dann sollte möglichst bald begonnen werden und zwar in kleinem Maßstabe, um die nötige Erfahrung zu sammeln. Es sollten da und dort einige Lager errichtet werden, mit der Zeit können dann an allen möglichen Punkten Deutschlands solche entstehen.

Früher haben die Unternehmer bei schlechteren Zeiten einfach weitergearbeitet, weil sie ihre Arbeiter nicht auf die Straße setzen wollten. Heute aber schickt man die Leute einfach zum Stempeln. Es müßte unbedingt geordert werden, daß die ersten paar Wochen der alte Betrieb die Hälfte der Stempelkosten trägt. Allerdings um jedem Mißbrauch vorzubeugen, dürften die ersten 14 Tage keine Arbeitslosenunterstützung gezahlt werden.

neue Kräfte empfangen für die Tat der Liebe, denn durch sie allein kann unserem armen Volk geholfen werden. Kräfte des Heiligen Geistes kann niemand aus sich selbst schöpfen, auch aus der Erinnerung an Vater Bodelschwings fließen sie uns nicht zu. Darum weisen uns die Aussprüche auch nicht auf ihn, sondern auf den hin, dem er sein Leben lang gedient hat. Vater Bodelschwings hat es selbst erfahren, was wir auf dem Februarblatt des Kalenders lesen:

„Es ist unmöglich, daß ein Mensch in die Sonne Jesu schaut, ohne daß sein Angesicht helle wird.“

Sollte nicht mancher, der dies liest und wieder liest, sein Antlitz der Sonne Jesu zuwenden und von dem ewigen Schein seiner Gnade einen Strahl nach dem andern empfangen?

Auch die Rückseite der Kalenderblätter ist bedruckt. Eine Art Lebensbild ist dort gegeben. Wichtige Denktage aus seinem Lebenswerk sind angeführt. Wer da noch Näheres erfahren will von dem, was dieser Mann erlebt und getan hat, der wird zum Schluß auf allerlei Schriften aufmerksam gemacht, die zum Teil von Vater Bodelschwings, zum Teil über ihn geschrieben worden sind.

Auf dem Titelblatt des Kalenders, der ein Bild von der Anstalt Bethel bringt, steht der Wunsch:

„Möchte seine Lebensgeschichte, die in wunderbarer Weise Gottes Wirken und Walten zeigt, allen ein stiller Mahner sein im Sinne des Heilandswortes: „So gehe hin und tue desgleichen! Wenn dieser Wunsch bei vielen Freunden von Bethel erfüllt wird, dann wird dieser Kalender Segen bringen für die, die ihn anschauen, und für die, die das Erbe von Vater Bodelschwings heute verwalteten.“

Preis 75 Pfg. und 15 Pfg. Porto. 13 Exemplare (einschließlich 1 Freixemplar) 9 Mark portofrei. Da nur eine bestimmte Anzahl gedruckt ist, ist schnelle Bestellung zu empfehlen.

Schriftenniederlage d. Anstalt Bethel, Bethel b. Bielefeld. Postfachkonto Hannover 49 657.

Früher war es Gesetz, daß von dem Lohne die ersten 3 Tage einbehalten wurden, der dann bei nicht eingehaltener Kündigungsfrist des Arbeitnehmers verloren ging. So sollte auch heute wieder in den ersten 14 Wochen je ein Arbeitslohtag einbehalten werden. Die Leute, welche bisher arbeitslos waren und Arbeit finden, würden sich gerne diese Einhaltung gefallen lassen. Das Geld soll ja ihnen gehören und soll sie gegen Krisen schützen. Vom zweiten Jahre ab sollte dann jeden Monat ein Tag einbehalten werden, so daß nach 2 Jahren schon ein Reservegeld für 4 Wochen vorhanden ist. Die ersten 14 Tage bekommt der Arbeitslose von seinem ersparten Gelde bezahlt. Von 14 Tagen ab hat dann der Unternehmer etwa 4—6 Wochen lang die Hälfte mitzutragen. Stellt jedoch der Unternehmer ihn wieder innerhalb der ersten 4 Wochen ein, also hat er ihm nur gekündigt, um auf einige Tage ihn abzulegen, dann müßte er auch die Hälfte der ersten 14 Tage zurückerstatten. Durch diese Rücklagen würden viele vor Not bewahrt bleiben. Das Geld gehört natürlich dem Arbeitnehmer und muß auch verzinst werden. Wenn er aus dem Betriebe ausscheidet, oder stirbt, gehört das Geld ihm und den Seinen. Es wäre eine Art Zwangsparkasse, die viel Not beheben würde.

Weiter aber sei noch auf einen wichtigen, vielleicht der wichtigsten Punkt hingewiesen. Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit. Es müßte deshalb so sein, daß alle, die arbeiten wollen, auch Arbeit bekommen und eingestellt werden. Wenn dieser Grundsatz durchgeführt wird, wird wohl eine ganze Anzahl solcher ausscheiden, welche wirklich nicht arbeiten wollen. Ihnen gehört keine Unterstützung. Aber allen denen, welche wirklich arbeiten wollen, sollte man auch Arbeit geben. Es müßte so sein, daß eben die Arbeitslosen auf die Betriebe gleichmäßig verteilt werden. Statt daß man den Arbeitern eine Arbeitslosenunterstützung gewährt, sollte man solchen Betrieben, die mehr Arbeiter beschäftigen, als sie brauchen einen bestimmten Zuschuß aus der Arbeitslosenversicherung geben. Wir müssen eben uns völlig umstellen. Wenn der 10 oder 8 Stundenarbeitstag nicht alle beschäftigen kann, dann muß man eben zum Sechsstundentag kommen. Wenn wir das Recht auf Arbeit für jeden unserer Mitmenschen anerkennen, dann müssen wir auch versuchen, diesem Recht Geltung zu verschaffen. Die Löhne könnten vielleicht leicht gesenkt werden, wenn die Arbeiter nur 6 oder 8 Stunden arbeiten. Der Lohnausfall könnte wieder gut gemacht werden dadurch, daß jeder Arbeiter einen Garten mieten oder zu billigem Preise erwerben kann, in dem er seine freien Stunden zubringt und das Gemüse und sonstige wichtige Nahrungsmittel für seinen eigenen Haushalt zieht. Wir sind Fälle bekannt, wo Arbeitslose, die einen eigenen Garten bebauen, viel leichter über die Schwierigkeiten hinwegkommen, als solche, die müßig gehen. Vielleicht wäre das auch ein Weg, daß die Stadterwartungen den Arbeitslosen zur Pflicht macht auf einem ihnen zur Verfügung gestellten Grundstück einen Garten zu unterhalten. Statt daß die Leute zum Stempeln gehen, müßte der Kontrolleur zu ihnen in den Garten kommen, um nachzusehen. Ein solcher Garten würde manchem Freude machen und statt müßig und mürrisch herumzustehen, würde er sich freuen, eine Beschäftigung zu haben, durch die er seiner Familie helfen kann.

Vielleicht lächelt mancher über diese Vorschläge, der ein sicheres Einkommen hat, wer aber wirklich das Arbeitslosenproblem kennt, der steht immer mehr unter dem Eindruck: Ich kann nicht sehen des Volkes Sterben. Darum müssen wir helfen, wo wir helfen können, das ist Christenpflicht. Zum Schluß aber kommt nun die Frage: Was können wir tun? Wir sollten alle helfen, wenigstens alle die, welche ein festes Einkommen haben. Wenn jeder von seinem Wochen- oder Monatslohn mit nur 1% für die Arbeitslosenunterstützung als besonderes Notopfer ab-

Sparmaßnahmen an wehrlosen Kriegshinterbliebenen.

Auf der im September dieses Jahres in Berlin stattgefundenen Tagung des Reichskriegerbundes „Koffhäuser“ hat der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Herr Ministerialrat Sieler, ausdrücklich betont, daß von Seiten des Ministeriums alles getan werde, um die berechtigten Ansprüche der Kriegsoffer auf dem gegenwärtigen Stand zu halten.

Trotzdem hat in den letzten Septembertagen dieses Ministerium zunächst im geheimen Rundschreiben verfügt, den Zuschuß, der die Gesamtbezüge der Reserveoffizierwitwen auf 59 Proz. Realwert der Vorkriegsbezüge bringen kann (150 M monatlich), ab 1. Oktober um 10 Proz. zu kürzen!

Das ist für die Betroffenen umso schmerzlicher, weil ihnen im Jahre 1920 schon der Rechtsanspruch, den sie nach den Offizierpensionsgesetzen hatten, genommen wurde. Dieser Rechtsanspruch war durch den Kriegstod der Männer erworben. Jener Zuschuß aber, der jetzt noch um 10 Proz. gekürzt werden soll, und der nur den bedürftigen Zustand, brachte die Gesamtverfügungsbeträge so schon nur auf den Realwert von 59 Proz. Dazu kommt, daß die Kinder der Gefallenen in der Berufsausbildung sind und die Witwen auch darum einen schweren Kampf zu kämpfen haben.

Es ist den Witwen unmöglich, neben Haushalt und Kindererziehung einem Erwerb nachzugehen, außerdem würde niemand bei dem allgemeinen Abbau an Arbeitskräften 50 bis 60 Jahre alte Frauen ohne Berufsausbildung anstellen!

Dringend ist zu wünschen, daß diese ungerechte Maßnahme wieder rückgängig gemacht wird und besonders die neuen Volksvertreter sollten sich mit aller Energie für Aufhebung dieser Verordnung einsetzen.

Brasilien im Entscheidungsskampf.

Blutige Gefechte in ganz Brasilien. — Eingreifen einer italienischen Garibaldi-Region.

— New York, 16. Oktober.

Nach den letzten Nachrichten aus Brasilien wird jetzt im ganzen Lande mit größter Erbitterung gekämpft, so daß es sich möglicherweise bereits um den Beginn der Entscheidungsschlacht zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen handeln kann. Besonders heftige Kämpfe fanden in den Staaten Sao Paulo, Parana und Minas Geraes, dem Hinterland der Bundeshauptstadt Rio de Janeiro statt. Die Berichte über den Ausgang der Kämpfe widersprechen sich.

Der Kriegsbericht der Bundesregierung meldet Siege über die Aufständischen. Danach soll in Minas Geraes ein „ausgedehntes Gebiet, in dem sich die revolutionären Streitkräfte bisher rührig zeigten“, durch die Eroberung der Stadt Uberaba gesäubert worden sein. Im Staate Parana sollen die Aufständischen unter Zurücklassung von 15 Toten den Brückenkopf Sengos verloren haben. Das Hauptquartier der Aufständischen wartet dagegen gleichfalls mit Siegesmeldungen auf. Bei Quatigua im Staate Sao Paulo soll den Rebellen nach einem Sieg über starke Polizeitruppen ein großer Munitionsvorrat in die Hände gefallen sein, auch sollen sie zahlreiche Maschinengewehre erbeutet haben.

Nicht von Bedeutung, aber doch interessant ist eine weitere Meldung der Aufständischen von dem Eingreifen einer italienischen „Garibaldi-Region“ in den Kampf.

ziehen ließe, könnte die große Not wesentlich gelindert werden. Nicht als Unterstützung sollte dieses Notopfer gegeben werden, sondern damit sollten Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. 1% des Einkommens spürt niemand, diesen kleinen Betrag kann man leicht anderswo (Nikotin, Alkohol usw.) einsparen. Aber dieses Notopfer sollte auch von jedem erhoben werden, auch von dem Dienstmann, das nur 30 Mk. den Monat, und von dem Arbeiter, der nur 40 Mk. die Woche verdient. Diese spüren dann die 30 und 40 Pfennig auch nicht, aber gerade die kleinen Opfer bei der großen Masse erheben, geben zusammen große Summen. Vater Bodelschwing hat ja bekannt, daß es besonders die kleinen Leute und die kleinen Gaben waren, welche die Hauptstützen von Bethel waren. Wenn 100 Dienstmädchen im Monat auch nur 30 Mk. einbringen, so kann damit ein Arbeitsloser die Seinen immerhin eine Woche ernähren. Es ist unverständlich, wie Leute, welche heute noch sicher Arbeit und Verdienst haben, gegen das Notopfer zur Verringerung des Arbeitslosenelendes sich wehren können. Wir Christen aber haben ganz besonders das Vorrecht, für unsere notleidenden Brüder willig und freudig Opfer bringen zu dürfen.

S. Sch.

Löbe wieder Reichstagspräsident

Im zweiten Wahlgang mit 269 gegen 209 Stimmen wiedergewählt.

— Berlin, den 15. Oktober 1930.

Die Kampfwahlen im Reichstag hatten auch heute wiederum einen Massenandrang auf die Tribünen ausgelöst und fast alle Abgeordneten in den Plenarsaal geführt. Der Reichstagsvorplatz dagegen bot ein bei dieser Spannung ungewöhnliches Bild völliger Leere. Schon lange vor Eröffnung der Sitzung hatten starke Polizeieinheiten die Straßen abgeräumt, so daß nur unter mehrmaligem Vorzeigen der Ausweisarten ein Zugang zum Reichstagsgebäude zu erlangen war.

Nach Eröffnung der Sitzung schlug die sozialdemokratische Fraktion die Wiederwahl Löbes als Präsidenten vor. Abg. Nippel verlas eine Erklärung des Christlich-Sozialen Volksdienstes, nach der diese Fraktion ein Zurückweichen des Regierungskurses nach rechts fordert, in der Frage der Präsidentenwahl dagegen anlässlich der Geschäftsordnung das Stimmverhältnis der Fraktionen als ausschlaggebend ansieht. Abg. Bauck (D.Vp.) schlug die Wahl seines Parteiführers vor.

Der Abstimmungskampf

Nunmehr begann der Abstimmungskampf. Die Auszählung ergab 266 Stimmen für Löbe, 179 Stimmen für Scholz, 68 Stimmen für den Kommunisten Pöck und 41 für Graef. Zwei Stimmen waren ungültig. Da im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit von 278 Stimmen erreicht hatte, war ein zweiter Wahlgang erforderlich. Kandidaten waren Löbe und Dr. Scholz. Das Ergebnis der Stichwahl, die unter größter Spannung erfolgte, war die Wiederwahl Löbes mit 269 gegen 209 Stimmen für Dr. Scholz. 77 Stimmen waren ungültig.

Es folgte die Wahl des 1. Vizepräsidenten. Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) schlägt den nationalsozialistischen Abg. vor.

Abgegeben wurden 534 Stimmen. Mit der absoluten Mehrheit von 288 Stimmen ist Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) zum ersten Vizepräsidenten gewählt. 171 Stimmen fielen auf den Abgeordneten Effer (Ztr.), 67 auf den Abg. Pöck. Ungültig waren 8 Stimmen.

2. Vizepräsident wurde der Abg. Effer (Ztr.), auf den 429 Stimmen entfielen. 65 Stimmen erhielt der Kommunist Pöck, während 15 ungültig oder zerstückelt waren.

Zum 3. Vizepräsidenten wurde Abg. Graef-Thüringen (D.Vp.) gewählt. Abgegeben wurden 492 gültige Stimmen. Davon erhielten Graef 227, Dr. Pfeiffer (Bayer. Vpt.) 176, Pöck (Komm.) 66 und von Hardorf (Vpt.) 21 Stimmen. Zwei waren zerstückelt. In der Stichwahl fielen dann auf Graef 231 und auf Pfeiffer 209 Stimmen. Von den Kommunisten wurden 67 ungültige Stimmen abgegeben.

Die Revolution in Brasilien vor dem Zusammenbruch?

Washington und die Vorgänge in Brasilien.

New York, 15. Okt. Staatssekretär Stimson erklärte auf einem Presseempfang, daß die Lage in Brasilien keine Änderung der freundschaftlichen Beziehungen zu der Regierung in Rio de Janeiro rechtfertige. Die brasilianische Bundesregierung könne Kriegsmaterial zur Bekämpfung des Aufstandes in den Vereinigten Staaten kaufen. Ueber die Gerüchte, wonach die Rio-Regierung Kampfflugzeuge von der amerikanischen Marine kaufen wolle, äußerte sich Stimson nicht.

Die Wallstreet erholt sich.

— New York, 16. Oktober. Nach Meldungen aus Rio de Janeiro sind die ersten Reservistenbataillone unter dem Jubel der Bevölkerung zur Front abmarschiert. Die Truppen der Aufständischen im Kampfabschnitt von Minas Geraes sollen angeblich völlig erschöpft und kampfesüde sein. Eingebachte Gefangene trugen zerrissene Uniformen und berichteten über Nahrungsmangel der Aufständischenarmee. Der Versuch der Aufständischen, in den besetzten Gebieten Anleihen aufzunehmen, soll gescheitert sein.

Die New Yorker Börse beurteilt die Lage für die Rio-Regierung günstiger. Brasilianische Anleihen waren stark erholt.

Arbeitsmarkt und Krise.

Von

Dr. H. Claussen, Referent im Internationalen Arbeitsamt.

In allen Ländern steigt die Zahl der Erwerbslosen auf Rekordhöhen. In Deutschland haben wir fast die dritte Million erreicht, in England mit seiner viel geringeren Zahl von Erwerbstätigen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung sind es bereits 2,16 Millionen, in den Vereinigten Staaten, die dem alten Europa noch vor einem Jahre das Geheimnis des erfolgreichen Wirtschaftens zeigten wollten, schätzt man die Zahl der Erwerbslosen auf fünf bis acht Millionen.

Die Ursachen der Erwerbslosigkeit sind überall verschieden, die deutsche ist eine durch den Binnenmarkt verursachte Störung des Arbeitsmarktes, in England sind es die Exportindustrien, die am meisten leiden, während in den Vereinigten Staaten beide Ursachen zusammentreffen. Von allen europäischen Staaten nimmt nur Frankreich eine Sonderstellung ein, das fast zwei Millionen ausländische Arbeitskräfte in seine Wirtschaft aufgenommen hat und mit ihrer Hilfe z. B. seine Eisen- und Stahlproduktion verdoppeln konnte! Sieht man von den großen politischen Ereignissen in Indien, China, Indochina, Süd- und Mittelamerika und den südlichen Staaten ab, so lassen sich vielleicht drei Gruppen von Ursachen herausfinden, auf die diese durch die ganze Welt sich hindurchziehende Störung der wirtschaftlichen Tätigkeit zurückgeführt werden kann.

Zunächst hat eine ungeheure Kapitalwanderung in den letzten Jahren stattgefunden, die eine völlige Neuaufrüstung des Reichtums der Welt verursacht hat. Die Vereinigten Staaten, früher ein Kapitalimportland, versorgten die ganze Welt und vornehmlich Europa mit Geld, das nach dem Börsenkrach, den eine ins Wahnsinnige gesteigerte Spekulation un-

vermeidlich gemacht hatte, plötzlich ausblieb. Während Deutschland bis dahin jährlich fast zwei Milliarden Mark Auslandsgeld in seiner Wirtschaft investieren konnte, standen ihm 1929 nur noch 300 Millionen Mark zur Verfügung. Im engsten Zusammenhang damit steht die Ausweitung des Produktionsapparates. Als dritten Ursachenkreis kann man die Fragen betrachten, die mit den Veränderungen in den Agrarländern zusammenhängen. Bessere Anbauverfahren, besseres Saatgut und rationellere Betriebsführung — in den Tropen auch die Zunahme der Anbaufläche der Eingeborenen — haben die landwirtschaftliche Erzeugung so stark gesteigert, daß das Angebot zum Bedarf in keinem gesunden Verhältnis mehr steht. Dies kommt deutlich in der Preisgestaltung für landwirtschaftliche Produkte zum Ausdruck. Die Kaffee-, Zuder- und Weizenpreise werden in den meisten Erzeugungsländern künstlich gestützt. Die Agrarländer sitzen jetzt auf ihren reichen Vorräten fest und können sie selbst zu billigen Preisen nicht los werden, weil der Erzeugerpreis in den Einfuhrländern für dieselben Produkte sehr viel höher liegt. Seine Senkung würde eine Katastrophe für die Landwirtschaft und damit auch die Industrie dieser Länder bedeuten! Die Agrarländer können infolgedessen viel weniger Waren aufnehmen, als die Industrie der Getreideeinfuhrländer ihnen liefern könnte.

Aus dem Zusammentreffen dieser drei Ursachenkreise, deren wirtschaftliche Auswirkungen durch politische Maßnahmen wie den Young-Plan naturgemäß ganz außerordentlich verschärft werden, entsteht die weit über den normalen Durchschnitt hinausgehende Arbeitslosigkeit, unter der alle Völker jetzt leiden. In den sinkenden Preisen findet die Störung des Wirtschaftslebens ihren Ausdruck. Den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Preisbewegung hat das Internationale Arbeitsamt in Genf versucht aufzuzeigen und zu diesem Zweck in 17 Ländern während der Jahre 1920 bis 1928 die Bewegungen des Arbeitsmarktes und des Preisstandes miteinander verglichen. Es kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die theoretische Überlegung bestätigt, daß im allgemeinen bei steigenden oder festen Preisen die Arbeitslosigkeit zurückgeht und bei sinkenden Preisen steigt. Es fragt sich allerdings, ob unter den heutigen Verhältnissen die Funktion des Preises nicht schon zu stark eingengt ist, daß an ihm Spannungen in Wirtschaftsläufen überhaupt noch klar erkannt werden können.

Die jetzt in Deutschland verfuhrte Preisentwertung durch Abbau der Löhne setzt voraus, daß das Lohnniveau tatsächlich zu hoch ist. Die Meinungen gehen weit auseinander. Auch muß unterschieden werden, ob es sich um eine allgemeine Senkung aller Preise handelt oder um die Anpassung der künstlich gestützten und überhöhten Preise, ein Unterschied, der in der Preisabbaudiskussion in der Öffentlichkeit sehr nicht gemacht wird. Man darf auch die psychologische Wirkung eines Lohnabbaues nicht unterschätzen. Die Wirkung wird um so mehr verstärkt, je weniger Verständnis andere Schichten für die Lage der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zeigen oder schon durch unnötigen Verbrauch ausländischer Erzeugnisse die Arbeitsgelegenheiten in Deutschland erhöht wird! Ebenso werden überhöhte Unternehmensgewinne um so weniger verstanden, als diese doch in der Krise der Wirtschaft ihre Funktion nicht zu erfüllen scheinen.

Senkung der Kohlenpreise?

Wie amtlich mitgeteilt wird, hat der mit der Leitung des Reichswirtschaftsministeriums betraute Staatssekretär Trendelenburg den preussischen Handelsminister Dr. Schreiber aufgefordert, um die preussische Unterstützung bei der Senkung der Produktionskosten, insbesondere bei einer Senkung der Kohlenpreise zu erreichen. Ueber das gesamte Vorgehen wurde in der Besprechung volles Einverständnis erzielt.

Der deutsche Außenhandel weist für die ersten neun Monate des laufenden Jahres einen Ausfuhrüberschuss von einer Milliarde Mark auf. Im September betrug der Ausfuhrüberschuss rund 246 Millionen Mark.

Massenstreik in Berlin.

126 000 Streikende.

Die Metallindustrie beantragt Verbindlichkeitsklärung. Der Streikparade der Gewerkschaften im Konflikt in der Berliner Metallindustrie sind am ersten Tage etwa 126 000 Arbeiter gefolgt. Betroffen von dem Streik werden 276 Betriebe.

Im Einverständnis mit den Gewerkschaften sind lediglich die über 60 Jahre alten Arbeiter, die Kriegsbeschädigten und die Lehrlinge in den Fabriken geblieben. Bei einigen Werken haben Teile der Belegschaft weiter Arbeit verrichtet.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat am Mittwoch den Schiedsspruch, um den gekämpft wird, angenommen. Der Verband wird nunmehr die Verbindlichkeitsklärung dieses Spruches beantragen.

Eine Selbstverständlichkeit.

Metallindustrie fordert Abbau der Direktorengehälter.

Berlin, 15. Okt. Der Vertrauensauschuss des Verbandes Berliner Metallindustrieller e. V., in dem die namhaftesten Firmen durch führende Herren vertreten sind, empfiehlt auf Grund eines einstimmigen Beschlusses vom Mittwoch den Verbandsmitgliedern, die Preis- und Kostensenkung, soweit noch nicht geschehen, auch dadurch zu fördern, daß sie mit ihren Direktoren, Prokuristen und sonstigen leitenden Angestellten angemessene Verminderung ihrer gesamten Bezüge vereinbaren.

Ruf nach der Fünftage-Woche.

Eine Entschließung des G. D. A.

Der Gewerkschaftliche Pressedienst veröffentlicht eine Entschließung der leitenden Körperschaften des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, in der u. a. gesagt wird, daß die Regierung dem Phantom der Herbeiführung von Preisentwertungen durch vorherige Lohn- und Gehaltsföhrungen nachjage. Nicht Lohn- und Gehaltsabbau, sondern allgemeine Arbeitszeitverkürzung ist in einer technisch hoch entwickelten aber unterbeschäftigten Wirtschaft das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit.

Gefordert wird: Schluß mit der wirtschaftsschädlichen Lohnsenkungspraxis und Einführung des Sechsen-Stunden-Arbeitstages oder der Fünftage-Woche.

Ferner wird verlangt, daß die Regierung den Gläubigerstaaten Deutschlands gegenüber die ungeheure schwere soziale Lage der deutschen Arbeitnehmer bei jeder Gelegenheit mit Energie zur Geltung bringt, um eine neue Regelung der Wiedergutmachungsverpflichtungen einzuleiten.

Vorschläge zur Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Im Preussischen Landtag hat die demokratische Fraktion einen Antrag eingebracht, der zur Verminderung der Arbeitslosigkeit eine Reihe von Vorschlägen bringt. Die Staatsregierung wird ersucht, im Einverständnis mit der Reichsregierung sofort die Durchführung dieser Vorschläge in Angriff zu nehmen.

Der Magistrat der Reichshauptstadt beschloß die Einführung der Bürgersteuer, der Gemeinde-Getränksteuer und eine Erhöhung der Biersteuer.

Soll Deutschland in Arbeitslosigkeit und Bolschewismus untergehen ?

Öffentl. Kundgebung

des 27. Kirchlich-sozialen Kongresses, am Freitag, den 17. Oktober
abends 8¹⁵ Uhr in der Ausstellungshalle Bielefeld,
Hallenstraße.

Redner: Professor Pfarrer Beidt, Frankfurt a. M.

Deutsche Männer und Frauen, hört, was dieser
evangelische Volksmann zu Deutschlands Lage
sagt!

Die Bielefelder Posaunenchöre wirken mit.

Neuregelung der Krisenfürsorge.

Mit Wirkung vom 3. November.

Der Reichsarbeitsminister hat in einer Verfügung
vom 11. Oktober neue Vorschriften für die Krisenfür-
sorge erlassen, die am 3. November in Kraft treten.

Wegen der allgemeinen Verschlechterung des Ar-
beitsmarktes soll die Krisenfürsorge wieder den Ange-
hörigen aller Berufsgruppen zugutekommen, und zwar
in den Gemeinden über 10 000 Einwohner ohne be-
sondere Zulassung, in den übrigen nach Anordnung
des Vorsitzenden des Landesarbeitsamtes.

Ausgeschlossen sind nur die Berufsgruppen Land-
wirtschaft (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Un-
gestellten und des häuslichen Dienstes).

Arbeitslose unter 21 Jahren erhalten, wie bisher,
keine Krisenunterstützung. Sie wird in Zukunft nur
Personen gewährt, die aus der Arbeitslosenversiche-
rung ausgesteuert sind, und zwar muß bei neuen Zu-
lassungen die Aussteuerung nach dem Inkrafttreten der
neuen Vorschriften erfolgt sein.

Die Höchstdauer der Unterstützung
beträgt 35 oder — bei über 40 Jahre alten Personen
— 42 Wochen. Nur wirklich Bedürftige sollen Unter-
stützungen erhalten. Im übrigen ist Vorsorge getroffen,
daß sich der Übergang zu der neuen Regelung nach
Möglichkeit ohne Härten vollzieht.

Die Neuregelung der Krisenfürsorge. Die amt-
liche Meldung über die Neuregelung der Krisenfürsorge
wird jetzt dahin berichtet, daß die Höchstdauer der
Unterstützung in Zukunft 32 Wochen beträgt. Bei über
40 Jahre alten Personen kann sie auf 45 Wochen
verlängert werden.

Error in Ostoberschlesien.

Tausende von deutschen Wählern aus den Listen
gestrichen.

— Kattowitz, 16. Oktober.

Die Niederlage der polnischen Regierungspartei
bei den Kommunalwahlen in Rybnik hat die Einschüch-
terungs- und Sabotageversuche in der Vorbereitung der
Wahlen zum polnischen Parlament noch verstärkt. In
Ostoberschlesien sind Tausende von deutschen Wählern
aus den Listen gestrichen und mit der Begründung,
es fehle der Nachweis ihrer polnischen Staatsbürgerschaft
ihres Wahlrechtes beraubt worden. Im Wahlkreis
Kattowitz sind etwa 4500, in Königshütte sogar rund
5000 Angehörige der deutschen Minderheit in Polen
„auf Einspruch von dritter Seite“ aus den Listen ge-
strichen worden.

Die deutschen Parteien haben unverzüglich gegen
dieses Verfahren Einspruch erhoben. Denn das Reichs-
deutsche oder Optanten in den polnischen Wählerlisten
enthalten sein können, ist selbstverständlich unsinnig.
Dazu nimmt es die polnische Polizei in Ostoberschlesien
der deutschen Bevölkerung gegenüber zu genau. Ein
Nachweis der polnischen Staatsbürgerschaft ist natür-

lich auf Knall und Fall nicht zu erbringen, außerdem
dürften die hohen Stempelgebühren, die für eine Be-
scheinigung der Staatsbürgerschaft zu zahlen sind, ab-
schreckend gewirkt haben.

Die polnischen Behörden fahren also fort, die den
Minderheiten von der ganzen Welt garantierten Min-
destrechte mit Füßen zu treten, im Vertrauen darauf,
daß der Völkerverbund auch bei neuen Minderheiten-
beschwerden wieder taub sein wird. Um die Aufmerk-
samkeit abzulenken, berichtet die polnische Regierungspresse
in großer Aufmachung seit Tagen von einem an-
geblichen Attentatsplan gegen Pilsudski,
doch verlohnt es sich nicht, hiervon Kenntnis zu neh-
men, bis der Nachweis der Ernsthaftigkeit dieses „Pla-
nes“ erbracht ist.

Sturm im Landtag.

Zwischenrufer hindern den Ministerpräsidenten am
Weiterreden. — Unterbrechung der Sitzung.

— Berlin, den 15. Oktober 1930.

Die heutige Sitzung des Preussischen Landtags
brachte heftige Auseinandersetzungen. Auf der Tages-
ordnung standen u. a. die Anträge auf Auflösung
des Landtags, Aufhebung des Uniformverbots und der
Notverordnungen des Reichspräsidenten sowie die An-
träge auf Einstellung der Tributzahlungen. Verbunden
damit war die Beratung der Anfragen über das po-
litische Betätigungsrecht der Beamten.

Während der Sitzung hielt sich in der Nähe des
Parlamentsgebäudes ein starkes Polizeikommando zu
Fuß, zu Pferde und in Kraftwagen bereit.

Als erster nahm in der Plenarsitzung Minister-
präsident Braun das Wort. Die Nationalsozialisten
— wie überhaupt die Rechte — und die Kommunisten
begleiteten die Ausführungen des Ministerpräsidenten
mit lebhaften Zwischenrufen. Ministerpräsident Braun
konnte sich schließlich kaum verständlich machen. Als
der Präsident die um das Rednerpult gelagerten Ab-
geordneten aufforderte, ihre Plätze einzunehmen und
Abg. Lohse (Nat.-Soz.) dieser Aufforderung nicht nach-
kam, wurde Abg. Lohse zum Verlassen der Sitzung auf-
gefordert und nach Unterbrechung der Sitzung für
acht Tage ausgeschlossen. Nach Wiedereröffnung
der Sitzung führte Ministerpräsident Braun seine Rede
zu Ende.

Vorkämpfer des Proletariats.

Der sozialdemokratische Senator Kirch in
Altona hatte sich dadurch beleidigt gefühlt, daß ein Altona-
er Buchhändler in seinem Schaufenster die Speise-
folge veröffentlicht, mit der man im Hause des Klassen-
kämpfers Kirch die Silberhochzeit des Herrn Senators
gefeierte hatte. Wir geben die Speisekarte hier wieder:

Schwedisches Vorergericht
Pilsener Urquell — Malteser Kreuz
Schilbrötenuppe in Tassen
Forelle blau mit geschlagener Butter
1926er Trittenheimer Laurentiusberg
Pastetenhaus auf Finanzmännerart

Holst. Mastkalbsbrücken nach der Gärtnerin
1922er Chat. Chasse Spleen Moulis
Bombe Altonia mit feinem Backwerk.
Matheus Müller Extra Auslese

Käseplatte
Mocca — Liköre

Der Buchhändler hatte an diese Speisenfolge nachste-
henden Zusatz gehängt:

Proletarier!! Klassenkämpfer!!
Sozialdemokratische Genossen!!

Nächstes Mal werdet ihr auch eingeladen!!

Die Altonaer bedauern, daß das Landgericht Altona
den Buchhändler zur Entfernung dieser Karte aus seinem
Schaufenster verurteilt hat. . . (V. V. 3.)

Verschiedenes.

Rektor Schluckebier 70 Jahre alt. Rektor Adolf
Schluckebier, der seit einigen Jahren im Ruhestand lebt,
feierte am 12. Oktober seinen 70. Geburtstag. Herr
Schluckebier wurde am 12. Oktober 1860 in Hagen ge-
boren. Er besuchte die Präparanden zu Holzwickede und
das Seminar in Soest. In seinem langen Lehrleben
hat er sich die Liebe und Achtung nicht nur seiner Rol-
legen, sondern auch weitester Kreise, sowie auch seiner
ehemaligen Schüler erworben. Mit dem alten Meister
Dörpfeld stand er in enger Beziehung. Mit besonderem
Nachdruck trat er für dessen Schulgemeinde in Wort und
Schrift ein. Auch hatte er stets ein warmes Herz für die
Junglehrer, die er in trefflicher Weise in ihre Erziehungs-
arbeit einführte. Besonders erfolgreich war er auf dem
Gebiete der Volkshochschulbewegung tätig. In vorbild-
licher Weise leitete er mehrere Jahre einen Wander-
führerkursus, in dem er Leute aus allen sozialen Schich-
ten mit der Heimat vertraut machte und zu einem stim-
migen Wandern anleitete. In Freizeiten und auch sonst
hat Schluckebier erfolgreich für das Allgemeinwohl ge-
wirkt, so daß sein Name weit über die Grenzen Wittens,
wo er 44 Jahre gewirkt hat, bekannt geworden ist.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer!

Heute 8 Uhr Jungvolk-Abend.

Freitagabend keine Bibelstunde. Die gewaltige Kund-
gebung in der Ausstellungshalle (Kirchlich-sozialer Kon-
gref) mit dem Vortrag von Prof. Beidt-Frankfurt: „Soll
Deutschland durch Arbeitslosigkeit und Bolschewismus zu-
grunde gehen?“ ist uns so wichtig, daß wir unsere Stunde
ausfallen lassen.

Anzeigen aus Bethel.

— Gut erhaltener Kinderportwagen mit Verdeck zu
kaufen gesucht. Angebote erbeten unter C 272.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik:
Dr. G. Hüttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Der Arbeiterdichter Christoph Wieprecht, Essen

liest Sonnabend, den 18. Oktober,
abends 8 Uhr in Bielefeld, Aula der Cecilien-
Schule, Brüderstraße, aus seinen eigenen
Werken. Seine Tochter Aenne, Rezitationen
moderner Arbeiterdichter.

Ferner wirken mit: Frau Hilde Wild-Geer,
sowie Herren Leon Geer und E. Neiger
vom Bielefelder Stadttheater.

Eintrittsgeld 50 Pfg. Vorverkauf bei Hiemisch, Alleestr. 2

„Original“

Schlaraffia-Matrassen

fertigen als Spezialität an

Polsterei Ordelheide, Bielefeld

Kreuzstraße 43

Gegr. 1888

Für Geflügelhalter!

Mineralsalz
Beifutter
„Vitaminus“
(Kraft- u. Legemittel)
Muschelkalk
Insektenpulver
Geflügelringe
Nesteier

Ophir

Vereinigte Verkaufsstellen der
Anstalt Bethel, Bethel b. Bielefeld
Abt. Gemüsestelle

Bettfedern

Verlangen Sie Proben
von Mertens weißen
Daunenfedern, per Pfd.
Mark 7.50, 6.50, 5.50

F. Mertens Bielefeld

Der Wert einer

Anzeige

wächst mit der
Dauer ihres
Erscheins.

Liebhaber-Photographen

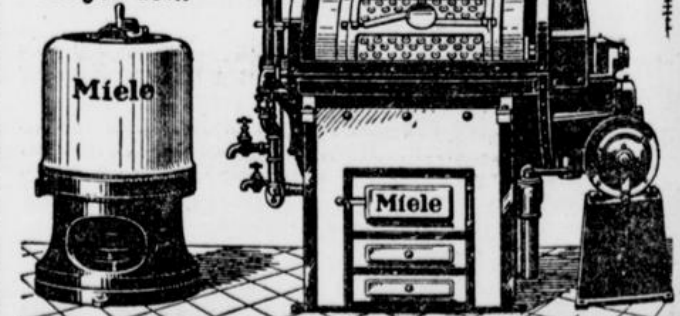
decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Ingenieurschule Elektrotechnik, Maschinen-, Auto-, Heizungs-, Flug-, Wärme-, Kältetechnik, Landw., Maschinen-, Schweiß-, Stark- strom- u. Radiotechnik	Technikum Lage Lippe	Bauschule Architektur, Baugewerke, Eisenbau, Eisenbetonbau, Tonindustrie Ziegeleien, Ziegeleien
Werkmeisterschule	Lehrpläne	frei

Miele Hauswaschanlagen

für
Hotels,
Restaurants,
Krankenhäuser,
Sanatorien,
Villen, Sied-
lungen usw.



Mielewerke A.G.
Gütersloh/Westfalen